

Erwachsenenbildung und Behinderung

Auszug

Inklusion unter Druck

Zur Verteidigung eines pädagogischen Leitziels



Impressum

Die Zeitschrift „Erwachsenenbildung und Behinderung“ (ZEuB) erscheint in der Regel zweimal jährlich, jeweils im Frühjahr (April) und im Herbst (Oktober).

Die ZEuB hat die Aufgabe, Maßnahmen und Einrichtungen zu unterstützen, die zur Realisierung von Erwachsenenbildungsangeboten für Menschen mit Behinderung beitragen. Der Fokus liegt auf inklusiver Erwachsenenbildung, insbesondere aus Sicht von Erwachsenen mit kognitiven Beeinträchtigungen bzw. mit komplexer Behinderung.

Die ZEuB richtet sich vor allem an Beschäftigte in der Behindertenhilfe und in der allgemeinen Erwachsenenbildung sowie an Wissenschaftler:innen und Studierende in den Bereichen Rehabilitationswissenschaft, Heil- und Sonderpädagogik, Lebenslanges Lernen und Inklusive Erwachsenenbildung.

Redaktion

Dr. Wiebke Curdt, Hamburg – V.i.S.d.P.
wiebke.curd@ifs.uni-hannover.de

M.A. Katharina Maria Pongratz, Magdeburg
katharina.pongratz@ovgu.de

Anette Richter-Boisen, Hamburg
anette.richter-boisen@uni-due.de

Marina Rößner, Hamburg
marina.roessner@uni-due.de

Redaktionsbeirat

Prof. i.R. Dr. Karl-Ernst Ackermann, Berlin
Prof. Dr. Matthias Alke, Tübingen
Dr. Peter Brandt, Bonn
Prof. Dr. Olaf Dörner, Magdeburg
Martin Herz, Trier
Werner Ludwigs-Dalkner, Cuxhaven
Amund Schmidt, Berlin
Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Silke Schreiber-Barsch, Essen

Redaktionsschluss

15. Januar für die Frühjahrsausgabe,
15. Juli für die Herbstausgabe
und nach Vereinbarung.

Manuskripte

Beiträge sind bei der Redaktion einzureichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

Zur Erstellung der Beiträge siehe „Manuskript-Hinweise“ im Internet: www.geseb.de
Abweichungen von den Festlegungen in den „Manuskript-Hinweisen“ werden ggf. ohne Rücksprache mit den Autor:innen korrigiert.

Vorbehalte und Rechte

Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle dadurch begründeten Rechte bleiben erhalten.

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge geben die Meinung der Verfasser:innen wieder und nicht unbedingt die der Redaktion bzw. der GEB als Herausgeber.

Lektorat und Herstellung

Karl-Ernst Ackermann und
Eduard Jan Ditschek

Druck

Lebenshilfe Cuxhaven gGmbH
Druckerei *De Bookbidders*
Südersteinstraße 8, 27472 Cuxhaven

Herausgeber: Kontakt – Abo – Bank

Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung e.V.
c/o Hochschule Merseburg, Fachbereich
Soziale Arbeit. Medien. Kultur
Eberhard-Leibnitz-Str. 2
D-06217 Merseburg

Email: kontakt@geseb.de
Internet: www.geseb.de

Über Bezugsbedingungen und Abo-Bestellung informieren Sie sich bitte auf der Internetseite der GEB.

Pax-Bank Berlin
IBAN: DE02 3706 0193 6000 7910 14
BIC: GENODEDIPAX



*Europäischer Protesttag für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung, Demonstration in Hamburg am 5. Mai 2024.
Foto: Pascal Lieleg*

Editorial

Inklusion unter Druck 2

Thema

Markus Dederich: Gesellschaftliche Schließungsprozesse und die Infragestellung der Inklusion – Ein Sondierungsversuch 3

Andreas Hinz: Inklusion in der Defensive – Hintergründe und mögliche Ansatzpunkte 15

Helmut Holter: Muss die (inklusive) Erwachsenenbildung in den Widerstand gehen? Zu den Auswirkungen der Trumpschen Inklusionspolitik 24

Angela Ehlers: Inklusionsbewegungen als Widerstand in Zeiten gesellschaftlicher Gegenkräfte 34

Florian Preußger: Menschen als Kostenfaktor: Selbstvertretung von Menschen mit Behinderungen in Zeiten des Erstarkens rechter Motive 45

Pro Inklusion – fünf Stellungnahmen (*Heike Heubach, Katrin Langensiepen, Alexandra Mehnert, Carina Kühne, Karina Ulrike Sturm*) 50

Kontext

Deutsches Institut für Erwachsenenbildung: Expertise für Erwachsenenbildung – Neues aus dem DIE 55

Bundesvereinigung Lebenshilfe: Neues aus der Lebenshilfe. Selbstvertretung stärken – aktuelle Entwicklungen, Angebote und Publikationen 57

Service

Lebenshilfe Hamburg: #LeichtOnline – Werkstattgespräche 59

GEB – in eigener Sache

Bericht von der *GEB digital* und Infos zur Mitgliedschaft 61

Inklusion unter Druck

Liebe Leser:innen,

dieses Heft erscheint in einer Zeit, in der politisch und rechtlich erreichte Fortschritte weltweit, aber auch bei uns in Deutschland, zunehmend infrage gestellt werden. Auch das in der UN-Behindertenrechtskonvention von 2006 formulierte pädagogische Leitziel der Inklusion wird als linke Ideologie diffamiert, und Maßnahmen zur Umsetzung von Inklusion werden als den Lernerfolg erschwerende, ja sogar verhindernde Rahmenbedingungen bekämpft. Wer sich für Inklusion engagiert, wird nicht nur fachlich kritisiert, sondern ist oft auch persönlichen Anfeindungen ausgesetzt.

Wir wollen hier die Beweggründe und Hintergründe dieser Prozesse beleuchten. Dabei kommen der Zusammenhang von Inklusion und Demokratie ebenso zur Sprache wie die Auswirkungen starren Verwaltungshandelns bei der Umsetzung von Inklusion im pädagogischen Prozess. Außerdem fragen wir nach der Rolle von Inklusions- und Behindertenbewegungen als Reaktion auf gesellschaftliche und politische Gegenkräfte. Die Autor:innen der hier versammelten Beiträge beteiligen sich seit vielen Jahren am Inklusionsdiskurs und sind teilweise in den Aufbau und die Gestaltung inklusiver Strukturen pädagogischer Prozesse eingebunden.

Markus Dederich eröffnet den Gedankenaustausch mit einem Sondierungsversuch über gesellschaftliche Schließungsprozesse und die Infragestellung von Inklusion. *Andreas Hinz* sieht Inklusion „in der Tat in der Defensive“ und entfaltet „Hintergründe und mögliche Ansatzpunkte für produktive Perspektiven“.

Helmut Holter diskutiert inklusive Erwachsenenbildung auf dem Hintergrund der Auswirkungen der Trumpschen Anti-Diversitäts-Politik. *Angela Ehlers* nimmt Inklusionsbewegungen als Form von Widerstand in Zeiten gesellschaftlicher Gegenkräfte in den Blick. Und *Florian Preußner* von der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben e.V. stellt dar, welche Auswirkungen das Erstarken radikaler Motive in Politik, Wissenschaft und Gesellschaft auf die Selbstvertretung von Menschen mit Behinderung hat.

Mit Kurzstatements von Politikerinnen und Selbstvertreterinnen erhalten wir weitere Einblicke in politische und aktivistische Überlegungen zu unserem Schwerpunktthema „Inklusion unter Druck“. Nicht zuletzt diese Stellungnahmen machen Mut und geben Hoffnung, dass das pädagogische Leitziel Inklusion nicht aufgegeben wird, sondern in der harten Auseinandersetzung mit mächtigen Gegenkräften an inhaltlicher Substanz, strategischem Profil und politisch-sozialer Attraktivität gewinnt.

Wir wünschen Ihnen viel Freude beim Lesen. Lassen Sie uns zeigen, dass wir gemeinsam, demokratisch und weltoffen, fachlich versiert, politisch und pragmatisch inklusive Erwachsenenbildung auch und gerade „unter Druck“ weiter diskutieren, fachlich fundieren und hoffentlich praktisch voranbringen (werden).

*Dr. Wiebke Curdt,
Katharina Maria Pongratz, Anette
Richter-Boisen und Marina Rößner
(Redaktion der ZEuB)*

*Prof. i.R. Dr. Karl-Ernst Ackermann,
Dr. Eduard Jan Ditschek
(Lektorat der ZEuB)*

Markus Dederich

Gesellschaftliche Schließungsprozesse und die Infragestellung der Inklusion

Ein Sondierungsversuch¹

Seit etwa Mitte der 1970er Jahre sind in den westlichen Gesellschaften Veränderungen wahrnehmbar, die zunehmend krisenhaft verlaufen. Der Beitrag setzt hier an und geht zunächst aus einer überwiegend soziologischen Perspektive der Frage nach, wie sich diese Entwicklung auf die Idee der Inklusion ausgewirkt hat. Diese wird auf gesellschaftlich-struktureller und sozialer Ebene als eine maßgebliche Chiffre für das moderne Fortschrittsnarrativ verstanden. Nach einer sehr knappen Skizzierung der Idee der Inklusion wird gezeigt, welchen Angriffen sie in der Gegenwart ausgesetzt ist. Anschließend befasst sich der Artikel mit Kämpfen um Anerkennung und Ambivalenzen gegenwärtig viel diskutierter Identitätskonzepte. Zum Schluss wird die These formuliert, dass die gegenwärtig global zu beobachtenden Schließungsprozesse eine gewaltsame Entambiguierung der Welt zum Ziel haben.

¹ Leicht überarbeitete und gekürzte Fassung des gleichnamigen Beitrags in der Vierteljahresschrift für Wissenschaftliche Pädagogik 102(1) 2026, 25–40.

Der Originalbeitrag kann kostenpflichtig bei der Vierteljahresschrift für Wissenschaftliche Pädagogik abgerufen werden:
<https://doi.org/10.30965/25890581-10104015>

Andreas Hinz

Inklusion in der Defensive – Hintergründe und mögliche Ansatzpunkte

Der Beitrag nimmt die aktuelle Situation der Inklusion in den Blick, die in einer Roll-Back-Situation als krisenhaft wahrgenommen wird. Dazu eruiert er Hintergründe und skizziert Ansatzpunkte für produktive Perspektiven. Dabei greift er unterschiedliche Ebenen auf: Bildungsverwaltung und -politik, Bildungswissenschaften sowie Interessengruppen der Zivilgesellschaft.

1. Einleitung

Inklusion ist in der Tat in der Defensive – unter mehreren Aspekten. Zum *einen* ist das positive Interesse an einem von Bildungsverwaltung und Bildungspolitik in den meisten Bundesländern wenig unterstützten grundlegenden Vorhaben deutlich zurückgegangen. Dies zeigt sich etwa darin, dass im schulischen Bereich nur vier Bundesländer bildungspolitisch eine Entwicklungslinie zeigen, die halbwegs der Zielsetzung der Inklusion – der Verwirklichung der Kinder- und Menschenrechte für alle Menschen – entspricht (vgl. Steinmetz/Wrase/Helbig/Döttinger 2021). All dies schafft auch massive Frustrationen in der Praxis, da sich Pädagog:innen schlecht vorbereitet und mangelhaft unterstützt sehen. Zum *zweiten* gibt es vermehrt aggressiv-negative politische Stellungnahmen zur Inklusion. Nach einer Phase teils recht polemischer bis demagogischer Inklusionskritik (vgl. Wocken 2018) finden sich nun kategorisch ablehnende Stellungnahmen aus dem rechtsextremen politischen Spektrum (z.B. AfD Thüringen), zudem bis weit in die politische Mitte rei-

chende bildungspolitische Absagen an Inklusion und eine Rückorientierung zur Unterstützung von Förderschulen (vgl. Hinz 2023a). Dies geht einher mit auch international zu findenden autokratischen Tendenzen, etwa der Trump-Regierung gegen Diversity – Equity – Inclusion, die sich nicht nur gegen Inklusion, sondern zugleich gegen die Demokratie richten. Zum *dritten* ist Inklusion als Thema immer weniger auf der Tagesordnung (vgl. Hinz 2023a); die nach wie vor schlechten PISA-Ergebnisse mit der Konsequenz einer stärkeren Orientierung an neoliberalen Prinzipien und der damit einhergehende Druck zu Standardisierung und evidenzbasierter Effektivierung – und vermehrten psychischen Belastungen bei Kindern und Jugendlichen sowie bei Pädagog:innen – haben Inklusion überdeckt. International vollziehen sich Veränderungen, die höchst irritierend sind und bisherige Selbstverständlichkeiten, etwa die Orientierung an den Menschenrechten, massiv in Frage stellen (vgl. z.B. Dannenbeck 2026). Auch wird ein Verständnis von Lernen immer dominierender, das so tut, als sei es ein mechanistischer und fremdsteuerbarer Prozess,

Helmut Holter

Muss die (inklusive) Erwachsenenbildung in den Widerstand gehen?

Zu den Auswirkungen der Trumpschen Inklusionspolitik

Mit der zweiten Präsidentschaft Donald Trumps gehen tiefgreifende Veränderungen in den USA und in der ganzen Welt einher, die auch Menschen mit Behinderungen betreffen. So wurde z.B. mit einem Dekret des US-Präsidenten das Ende von Programmen der Vielfalt, Chancengerechtigkeit und Inklusion eingeleitet, die als „(links)radikal“ und „verschwenderisch“ diskriminiert werden. Auch in Deutschland wird Inklusion als linke „Ideologie“ diffamiert. Zum Beispiel fordert die AfD, Inklusionsprogramme zurückzufahren oder ganz abzuschaffen. Das wäre das Ende der inklusiven Erwachsenenbildung.

Menschen mit Behinderungen gehören zu uns, sie sind Teil unserer Gesellschaft. Leider sind sie aber bis heute nirgends auf der Welt als völlig gleichwertig und gleichberechtigt anerkannt. Die UN-Behindertenrechtskonvention von 2006 ist noch lange nicht vollständig umgesetzt. Regierungen und Parlamente orientieren sich zwar an der Konvention, nehmen diese aber nur als Zielmarke. Die notwendigen konsequenten Schritte zur nationalen Umsetzung bleiben oftmals aus. Inklusion ist bisher kein gelebter Alltag in unserer Gesellschaft. Es kommt aber noch schlimmer, und die Gefahren für ein Roll-back sind groß und werden größer und größer.

Kampfansage aus den USA

Seit Donald Trump seine zweite Amtszeit am 20. Januar 2025 antrat, haben sich nicht nur die Verhältnisse in den USA, sondern auf der ganzen Welt verändert.

Mit dem Trumpismus verbreitet sich eine andere Wertevorstellung innerhalb der USA und in der Welt. „Make America great again“ hat unmittelbare Auswirkungen auf das Leben in den Vereinigten Staaten und in der Welt. Ein neuer Wertekanon bestimmt die Trumpsche Politik. Der alten Denkschule des „Souveränismus“ folgend rückt Donald Trump die USA in das Zentrum seiner Politik. Die nationale Souveränität hat dabei die absolute Priorität. Diese Politik bleibt aber nicht ohne Auswirkungen und Folgen für die Weltgemeinschaft. Es sind seine Vorstellungen von der Vormachtstellung der USA, die die Weltordnung durcheinanderbringen und verändern, ebenso auch sein Menschenbild. Seine Angriffe auf eine diverse, gleichberechtigte und inklusive Gesellschaft sind nicht nur verbale Attacken. Nein, sie sind immanenter Bestandteil der Trumpschen Politik. Und sie sind das unmittelbar mit dem Amtsantritt des neuen Präsidenten. Neben anderen viel beachteten Dekreten und Verordnungen

Angela Ehlers

Inklusionsbewegungen als Widerstand in Zeiten gesellschaftlicher Gegenkräfte

Seit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention ist Inklusion in Deutschland rechtlich verankert. Dennoch bremsen politische, ökonomische und diskursive Gegenbewegungen inklusive Reformen. Der Beitrag analysiert Inklusion nicht nur schulisch, sondern als gesamtgesellschaftliche Transformation. Selbstorganisationen betroffener Personen werden dabei als demokratischer Widerstand verstanden im Diskurs um Gleichheit, Differenz und Teilhabe.

1. Einleitung: Inklusion im Spannungsfeld von Recht und Realität

Mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) im Jahr 2009 hat Deutschland sich unter diese überstaatliche Rechtsnorm gestellt und sich damit unter anderem zu einer schrittweisen Realisierung eines inklusiven Bildungssystems verpflichtet (Art. 24 UN-BRK). Hiermit hat Deutschland einen normativen Paradigmenwechsel eingeleitet. Behinderung wird nicht mehr primär als Defizit und Mangel der einzelnen Person verstanden, sondern als Folge von unterschiedlichen Barrieren und Ausgrenzungsstrukturen. Alle Bildungsangebote im Lebensverlauf müssen so gestaltet werden, dass alle Personen unabhängig von ihren individuellen Beeinträchtigungen gleichberechtigt teilhaben und sich bestmöglich entfalten können. Die Grundüberzeugung lautet nun, Chancengerechtigkeit entsteht nicht durch Selektion, sondern durch barrierefreie Bedingungen, individuelle Unterstützung und angemessene Bildungspraktiken oder – wie die UN-BRK fordert – durch

angemessene Vorkehrungen.

Trotz dieser eindeutigen rechtlichen Grundlage sind derzeit vielerorts Rückwärtsbewegungen zu beobachten. Die Bildungsstatistiken der Länder weisen stabile oder sogar deutlich zunehmende Schülerzahlen in Förderschulen aus (Bertelsmann Stiftung 2024), obwohl das Ziel der inklusiven Bildung ja gerade eine Abnahme der Förderschulquote sein sollte.

Die Debatten fokussieren häufig die elterliche Wahlmöglichkeit zwischen separierenden und inklusiven Ansätzen, und es wird darauf hingewiesen, dass Ressourcenknappheit, Personalnot und nicht gegebene Barrierefreiheit an Regelschulen häufig gar keine andere Lösung als Bildung an einer Förderschule zulassen. Inklusive Bildung wird allzu oft als ökonomische Kompromisslösung ohne ausreichende diagnostische Kapazitäten, mit unflexiblen Strukturen und viel zu wenig unterstützendem Personal – insbesondere im sonderpädagogischen Bereich – erlebt.

Der vorliegende Beitrag nimmt in diesem Kontext zwei zentrale Fragestellungen in den Blick:

Florian Preußger

Menschen als Kostenfaktor: Selbstvertretung von Menschen mit Behinderungen in Zeiten des Erstarkens rechter Motive

Der Text analysiert die erzwungene Neupositionierung der politischen Selbstvertretung von Menschen mit Behinderungen, die durch die Normalisierung der Unterordnung von Menschenrechten unter angeblich fiskalische Notwendigkeiten entsteht. Er zeigt auf, wie so konkrete Menschenrechte bedroht werden und warnt vor Langzeitfolgen für die demokratische Grundordnung.

1. Einleitung

Mit großer Sorge verfolgt die Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben e.V. (ISL) die voranschreitende Normalisierungstendenz ursprünglich dem rechten Spektrum zuzurechnender Positionen inner- und außerhalb Deutschlands. Was vor Jahren noch weitestgehend undenkbar oder zumindest unsagbar war, findet immer mehr Eingang in die aktuelle politische Debatte. So lässt sich die sukzessive Relativierung universaler Menschenrechte von beispielsweise flüchtenden oder geflüchteten Menschen nicht nur in den USA nachvollziehen, sondern auch bei unseren europäischen Nachbarn und den sich bürgerlich verstehenden Parteien hierzulande.

Im Folgenden soll der Blick auf die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Deutschland gerichtet werden. Nichtsdestotrotz ist uns wichtig zu betonen, dass die Erosion menschenrechtlicher Standards nicht isoliert betrachtet werden sollte, denn sie betrifft verschiedenste marginalisierte Gruppen: Menschen mit Fluchterfahrung, People of Co-

lour, die queere Community, Menschen ohne Arbeit oder festen Wohnsitz und viele mehr. Wir kommen darauf zurück. Intersektionales Denken und solidarischer Zusammenhalt sind heute wichtiger denn je.

2. Zur Entstehung der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben e.V.

Die ISL wurde nach dem Vorbild der US-amerikanischen „Independent Living“-Bewegung gegründet, um die Selbstbestimmung behinderter Menschen auch in Deutschland durch die behinderten Menschen selbst durchzusetzen – getreu dem Motto „Nichts über uns ohne uns“. Dabei ist sie – dem menschenrechtlichen Verständnis von Behinderung folgend – „behinderungsübergreifend“ tätig. Das bedeutet, holzschnittartig zusammengefasst, dass Behinderung nicht als individuelles medizinisches, sondern als gesellschaftliches Problem verstanden wird, als Diskriminierungspraxis einer Gesellschaft voller Barrieren und ohne

Pro Inklusion – Fünf Statements

Heike Heubach

Als erste gehörlose Abgeordnete im Deutschen Bundestag erlebe ich aus erster Hand, wie das politische Leitprinzip der Inklusion zunehmend unter Druck gerät. Immer häufiger diffamieren rechte Parteien und Gruppierungen barrierefreie Bildung, Gebärdensprachdolmetschen und digitale Barrierefreiheit als vermeintliche ‚Sonderwünsche‘ und stellen damit grundlegende Teilhaberechte in Frage. Darüber hinaus muss ich leider feststellen, dass die Forderung ‚Nichts über uns ohne uns‘ noch lange keine politische Realität ist.

Am 11. Februar 2026 wurde der Gesetzentwurf zur Änderung des Behindertengleichstellungsgesetzes durch das Bundeskabinett verabschiedet. Ziel des Gesetzes ist es, dass Barrierefreiheit auch auf private Anbieter von Dienstleistungen und Produkten ausgeweitet wird. Doch aus vielen Kreisen wird es als ‚wirtschaftsfeindlich‘ kritisiert. Das ist nicht nur ein Angriff auf eine wichtige gesetzliche Maßnahme, sondern auf das grundlegende Menschenrecht auf gleichberechtigte Teilhabe.

Für mich steht fest: Inklusion darf nicht zur Verhandlungsmasse politischer Debatten werden. Sie ist ein unverzichtbares Fundament unserer Demokratie und muss mit Entschlossenheit verteidigt und im Alltag gelebt werden.

Heike Heubach wurde in Rottweil am Neckar geboren. Sie ist Mitglied der SPD und als erste taube Bundestagsabgeordnete seit 20. März 2024 für den Wahlkreis Augsburg Land und Aichach-Friedberg im Deutschen Bundestag. Sie ist in den Ausschüssen für Arbeit und Soziales und Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen ordentliches Mitglied. Außerdem hat sie in der Bundestagsfraktion folgende Funktionen inne: Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen – Beauftragte für Wohnungs- und Obdachlose – Mitglied im erweiterten Fraktionsvorstand.



Foto: Fionn Grosse

Katrin Langensiepen

Der gesellschaftliche Backlash und die zunehmende Intoleranz gegenüber Vielfalt, konkret auch gegenüber Menschen mit Behinderung, ist europaweit spürbar.

Neben offenen körperlichen oder verbalen Angriffen und Abwertungen wirkt eine Sache jedoch viel schwerwiegender: die gleichbleibende Ignoranz dem Thema Inklusion gegenüber.

Selbstbestimmung, Teilhabe, Chancengleichheit, Barrierefreiheit und das Umarmen von Vielfalt werden in Texten, Reden, Gesetzen fast inflationär gestreut. Die flächendeckende lebenspraktische Umsetzung hinkt aber nicht nur hinterher, wir beobachten nahezu einen Stillstand.

„Mich will sonst keiner haben.“ Das sind die Sätze aus Werkstätten, die so schwer wiegen, weil sie die Diskrepanz von Anspruch und gesellschaftlicher Wirklichkeit so drastisch vor Augen führen, dass es schmerzt.

Heißen kann das nur eines: Die Lobbyarbeit für Menschen mit Behinderung nochmals strategischer anzugehen und mit anderen Initiativen zu vernetzen, um Fürsprechernde zu gewinnen. Nur so gelingt es, aus der Bubble auszubrechen und für die Millionen Menschen mit Behinderung in Europa erfolgreich zu streiten.

Katrin Langensiepen ist seit 2019 Europaabgeordnete für Greens/EFA. Als einzige Frau mit sichtbarer Behinderung im Europaparlament nutzt sie ihre Stimme, um für ein grünes, inklusives und feministisches Europa zu kämpfen. Aktuell ist sie Vize-Vorsitzende im Ausschuss für soziale Angelegenheiten, sowie Mitglied im Binnenmarkt-Ausschuss und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter.



Foto: privat

Alexandra Mehnert

Als studierte Politikwissenschaftlerin, die sich bereits im Studium neben Politik und Soziologie in den Erziehungswissenschaften auch mit Rehabilitationspädagogik beschäftigt hat, weiß ich, dass Inklusion und christliche Werte viele Gemeinsamkeiten haben. Genau genommen ist Inklusion für mich gelebte Christlichkeit und ein Motor für sozialen Fortschritt, der nicht nur für Deutschland, sondern auch für Europa von großer Bedeutung ist.

Starke Demokratien sind daher nicht nur das Fundament für wertengeprägte, verbindende Gemeinschaften, sondern beispielsweise auch für einen inklusiven Arbeitsmarkt. Jeder Mensch – mit oder ohne Behinderung – sollte gerade in Zeiten wie diesen eine realistische und faire Chance erhalten, seinen Beitrag für unser Land, die Gesellschaft, unsere Wirtschaft und damit auch für ein starkes Europa zu leisten.

Dazu müssen wir gemeinsam vorhandene Barrieren identifizieren und, wo immer möglich, abbauen.

Alexandra Mehnert ist in Magdeburg geboren und aufgewachsen und hat dort Politikwissenschaften studiert. Seit 2024 vertritt sie Sachsen-Anhalt im Europäischen Parlament und setzt sich vor allem für die Themen ein, die für Sachsen-Anhalt von besonderer Bedeutung sind: Verkehr, regionale Entwicklung und Landwirtschaft. Ihr Ziel ist es, die Anliegen der Menschen aus unserer Region nach Europa zu tragen, an notwendigen Reformen der EU mitzuwirken und gleichzeitig vor Ort deutlich zu machen, welchen Nutzen wir alle von Europa haben.



Foto: Heidi Scherm

Carina Kühne

Die UN-Behindertenrechtskonvention wurde schon vor 17 Jahren von Deutschland ratifiziert. Darin heißt es, dass Inklusion ein Menschenrecht ist, und dazu gehören Barrierefreiheit, Selbstbestimmung und das Recht auf Teilhabe für Menschen mit Behinderung.

Nun soll ein neues Behindertengleichstellungsgesetz in Deutschland Benachteiligungen verbieten und Barrierefreiheit garantieren. Leider gibt es für die Privatwirtschaft die Möglichkeit, das Benachteiligungsverbot für bauliche Barrierefreiheit zu umgehen, wegen angeblich unverhältnismäßiger Belastung. Da muss es unbedingt noch Verbesserungen geben, um Benachteiligung und Ungleichbehandlung von Menschen mit Behinderung abzubauen. Kann sich überhaupt etwas ändern, wenn die ehemalige Familienministerin Kristina Schröder sagt: „Die Grundrechte der Menschen mit Behinderung werden zum Kostenfaktor und Luxusgut!“

Es gibt weitere Dinge, die mich aktuell sehr betroffen machen. Es macht mir Angst, wenn ich sehe, was alles gekürzt werden soll, und dies nicht nur für Menschen mit Behinderung. Das sind dann ‚Reformvorschläge‘. Die gesetzlichen Krankenkassen sollen keine Zahnarztleistungen mehr übernehmen, dafür kann man sich privat versichern. Die Deutschen sollen mehr arbeiten und später in Rente gehen. Der Krankenstand ist zu hoch. Bürgergeld wird gekürzt und Minijobber sollen nicht mehr aufstocken dürfen. Für Superreiche soll es keine Steuererhöhungen geben, aber Sozialleistungen sollen gekürzt und Arbeitnehmerrechte beschnitten werden. Ist das nicht ungerecht?

Carina Kühne ist SchauspielerIn, Autorin, Dozentin und Moderatorin.

Sie engagiert sich für Inklusion und Selbstbestimmung.

www.carinakuehne.de

<http://www.rollenfang-berlin.de/schauspieler/carinakuehne>

<https://www.schauspielervideos.de/video/carina-kuehne.html>



Foto: Conny Wenk

Karina Ulrike Sturm

Auffällig ist, wie sehr heutige Debatten über Behinderung in ihrer Sprache an Muster erinnern, die wir aus der Zeit des Nationalsozialismus und der Aktion T4 kennen. Begriffe und Framings, die behinderte Menschen implizit als „weniger wert“ markieren, finden wieder Eingang in politische Diskurse und werden von Medien oft unkritisch weitergetragen. Das zeigt, wie wenig wir aus der Geschichte gelernt haben und wie gefährlich Ableismus ist. Gerade deshalb braucht es eine klare Sensibilität dafür, welche Sprache wir verwenden – und welche Menschenbilder wir damit reproduzieren.

Karina Ulrike Sturm ist freie Journalistin, Autorin, Bloggerin und Filmemacherin.

Vor ihrer Erkrankung war sie Arzthelferin und dann Laborassistentin in einer Forschungseinrichtung



Foto: privat

Deutsches Institut für Erwachsenenbildung

Expertise für Erwachsenenbildung – Neues aus dem DIE

Vorstandswechsel am Deutschen Institut für Erwachsenenbildung

Nach über 13 Jahren in der wissenschaftlichen Leitung verabschiedete sich Prof. Dr. Josef Schrader am 1. April vom DIE und kehrte als Seniorprofessor an die Eberhard Karls Universität Tübingen zurück.

Mit seinem Engagement hat er das Institut maßgeblich geprägt: Er richtete die Forschung konsequent an zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen wie Migration, demografischem Wandel und Digitalisierung aus und stärkte die Verbindung von Wissenschaft, Politik und Praxis. Sein Wirken hat das DIE nachhaltig als wichtigen Akteur für gerechte Bildungschancen und eine zukunftsfähige Weiterbildung positioniert.

Die wissenschaftliche Leitung hat Prof. Dr. Hannes Schröter übernommen, der bereits seit vielen Jahren am DIE tätig ist und bisher die Abteilung „Lehren und Lernen“ leitete. Mit seiner Expertise in der empirischen Lehr-Lern-Forschung, der Professionalisierung von Lehrenden und dem Einsatz digitaler Medien bringt er wertvolle Impulse für die Weiterentwicklung des Instituts mit.

Der Wechsel steht für Kontinuität und Aufbruch zugleich: Auf dem starken Fundament soll das DIE auch künftig exzellente Forschung mit den Herausforderungen von Praxis und Politik verbinden und die Erwachsenenbildung aktiv mitgestalten.

Die Pressemitteilung zum Vorstandswechsel finden Sie unter: <https://www.die-bonn.de/institut/wir-ueber-uns/presse/mitteilungen/vorstandswechsel-schrader-schroeter>



Foto: DIE/Sandra Seifen

Prof. Dr. Josef Schrader

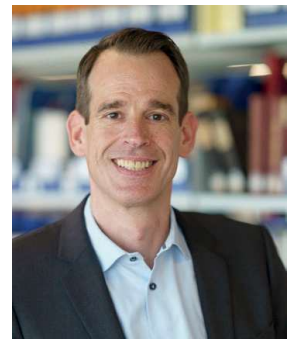


Foto: DIE/Marco Rothbrust

Prof. Dr. Hannes Schröter

ProfilPASS: EmpowerHer

Der neue ProfilPASS für Migrantinnen ist online. Neben der bewährten ressourcenorientierten Arbeit enthält er ein neues Element: Zentrale Kompetenzbereiche können gezielt reflektiert und dokumentiert werden, wie Kommunikation, digitale Kompetenzen, Teamarbeit, kulturelle Sensibilität und Problemlösen. Speziell für Frauen mit Migrationserfahrung und Beratende entwickelt und im Erasmus+-Projekt EmpowerHer erprobt.

www.profilpass.de

Nachlese: DIE-Forum Weiterbildung und DIE-Innovationspreis

Am 1. und 2. Dezember fand im Deutschen Museum Bonn das „DIE-Forum Weiterbildung 2025“ statt. Die Veranstaltung brachte Fachleute aus Wissenschaft, Praxis und Politik zusammen und widmete sich den Chancen und Herausforderungen Künstlicher Intelligenz für das lebenslange Lernen.

Ein Höhepunkt der Veranstaltung war die Verleihung des „Preises für Innovation in der Erwachsenenbildung“, mit dem das DIE herausragende Projekte an der Schnittstelle von KI, Teilhabe und Bildung sichtbar macht. Ausgezeichnet wurden der Digital Learning Campus (Wissenschaftszentrum Kiel), der als offenes, KI-gestütztes Bildungssystem neue Lernorte schafft, das Projekt KI-Seepferdchen (VHS Oberhausen u. a.), das niedrigschwellig und intergenerationell KI-Kompetenzen vermittelt, sowie „Unter Verdacht“ von Arbeit und Leben Thüringen, ein interaktives KI-basiertes Hörspiel zur politischen Bildung und zum Umgang mit Desinformation. Die drei Projekte zeigen eindrucksvoll, wie vielfältig und verantwortungsvoll der Bildungssektor KI gestaltet – für mehr Zugang, mehr Teilhabe und mehr Zukunftsfähigkeit.



Foto: DIE/Marc Thuerbach

Die Veranstaltungen haben wir auf www.die-bonn.de/institut/veranstaltungen dokumentiert. Sie finden dort einen Kurzfilm, Keynotes, Kurzvideos der vier Gewinner-Projekte und das Grußwort der Schirmherrin, Ministerin Ina Brandes.

Lehrpersonal in der Weiterbildung: TAEPS-Daten auf einen Blick

Das TAEPS-Team präsentiert erste Ergebnisse der zweiten Erhebungswelle. Die vorläufigen Verteilungen basieren auf einer Teilstichprobe von Personen, die in den letzten zwölf Monaten ausschließlich in der Erwachsenen- und Weiterbildung tätig waren – freiberuflich, auf Honorarbasis oder angestellt. Der Scientific Use File der zweiten Welle (SUF) wird im Frühjahr verfügbar sein. Entdecken Sie zentrale Befunde aus noch unveröffentlichten Daten. www.die-bonn.de/taeps

„weiter bilden“ in Zukunft digital

Ab Herbst 2026 erscheint die „weiter bilden“ nicht mehr als Druckausgabe, sondern als rein digitales Angebot mit zusätzlichen Inhalten und neuem Webauftritt unter weiter-bilden.de. Die Redaktion möchte die Leserschaft mitnehmen – registrieren Sie sich, um per E-Mail über Neuerungen und die kommenden Ausgaben informiert zu werden:

https://www.die-bonn.de/publikationen/weiter_bilden/digital

Beate Beyer-Paulick
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
beyer-paulick@die-bonn.de
www.die-bonn.de

die Deutsches Institut für
Erwachsenenbildung
Leibniz-Zentrum für
Lebenslanges Lernen

Bundesvereinigung Lebenshilfe

Neues aus der Lebenshilfe: Selbstvertretung stärken – aktuelle Entwicklungen, Angebote und Publikationen

10 Jahre Peer Beratung: Jubiläum, Professionalisierung und Wachstum

Seit einem Jahrzehnt ist die Peer Beratung ein grundlegend verankerter Bestandteil der Arbeit der Lebenshilfe. Ihr Kern besteht darin, dass Menschen mit Unterstützungsbedarf andere Menschen mit Unterstützungsbedarf beraten. Die Beratenden bringen ihre eigenen Lebenserfahrungen ein, kennen Herausforderungen aus dem Alltag und begegnen Ratsuchenden mit einer besonderen Authentizität und Nähe. Peer Beratung stärkt Selbstvertrauen, ermöglicht Perspektivwechsel und vermittelt das Gefühl, mit eigenen Fragen und Schwierigkeiten nicht allein zu sein.

Im Jahr 2026 gibt es folgende Angebote:

Gespräche auf Augenhöhe führen

*Für Werkstatt-Rät*innen, Frauen-Beauftragte, Peer-Berater*innen und alle, die dabei sein möchten.*
Seminar, 27. – 28.05.2026 (Veranstaltung 260769)

Übungen und Rollenspiele für Peer-Berater*innen

Seminar, 17. – 18.06.2026 (Veranstaltung 260258)

Verstehen und verstanden werden: Der Eisberg

*Kommunikations-Modelle für Peer-Berater*innen*
Online-Seminar, 07.09.2026 (Veranstaltung 260259)

Verstehen und verstanden werden: Das 4-Ohren-Modell

*Kommunikations-Modelle für Peer-Berater*innen*
21.09.2026 (Veranstaltung 260260)

Sicher auftreten: Vor anderen sprechen und Vorträge halten

19. und 26.10.2026 (Veranstaltung 260770)

Gefühle erkennen und mit ihnen umgehen

*Ein Kurs für Peer-Berater*innen*
Online-Seminar, 30.11.2026 (Veranstaltung 260261)

Alle Seminare zum Thema Selbstvertretung und Mitwirkung finden Sie unter dem QR Code oder www.inform-lebenshilfe.de



inForm
BILDUNGSINSTITUT
DER BUNDESVEREINIGUNG
LEBENSILFE E. V.

Bundesweites Projekt: Politische Selbstvertretung stärken

Die Bundesvereinigung Lebenshilfe hat ein Projekt gestartet, das Menschen mit Unterstützungsbedarf gezielt in ihrer politischen Teilhabe stärkt. Im Fokus stehen Schulungen für Selbstvertreter:innen sowie begleitende Angebote für Assistenzpersonen. Ziel ist es, auf die Mitwirkung in politischen Gremien vorzubereiten und Kompetenzen in Interessenvertretung, Kommunikation und Entscheidungsfindung zu vermitteln.

Das Projekt befindet sich in der Umsetzungsphase.



Weitere Informationen finden Sie unter dem QR Code oder www.lebenshilfe.de/mitmachen/aktiv-werden/selbstvertretung-von-menschen-mit-behinderung/selbstvertretung-und-assistenz-staerken

Fachpublikation: Partizipativen Gewaltschutz gemeinsam entwickeln

Mit „Nur gemeinsam – Gewaltschutz weit(er) gedacht“ veröffentlicht der Lebenshilfe-Verlag eine praxisorientierte Publikation, die den Gewaltschutz in Einrichtungen der Kinder-, Jugend- und Eingliederungshilfe aus einer partizipativen Perspektive betrachtet. Die Autorinnen machen deutlich, dass Schutzkonzepte nur dann wirksam sind, wenn Menschen mit Unterstützungsbedarf aktiv in deren Entwicklung und Weiterentwicklung einbezogen werden. Gewaltschutz wird dadurch zu einem gemeinsamen Prozess, der Transparenz schafft und Verantwortlichkeiten klärt.

Das Bildungsinstitut inForm bietet dazu ein Online-Seminar zur Basissensibilisierung an.



Julia de Juan | Sarah Westermann
Nur gemeinsam – Gewaltschutz weit(er) gedacht
 So gelingt partizipativer Gewaltschutz in Kinder-, Jugend- und Eingliederungshilfe

Bestellungen unter:
www.lebenshilfe.de/shop/artikel/nur-gemeinsam
 ISBN: 978-3-88617-234-4
 Bestellnummer: LBF234

Online-Seminar
Warum, wozu und wie Schutzkonzepte?
Basissensibilisierung für Fachkräfte in der Eingliederungshilfe
 Online-Schulung für Fachkräfte und nichtpädagogische Mitarbeiter*innen aus Einrichtungsteams
 08.06.2026 (Veranstaltung 260856)

Anmeldung unter der Veranstaltungsnummer auf www.inform-lebenshilfe.de

Lebenshilfe
 Verlag der
 Bundesvereinigung



melanie.kannel@lebenshilfe.de
www.inform-lebenshilfe.de/

Lebenshilfe Hamburg

#LeichtOnline – Werkstattgespräche

#LeichtOnline untersucht seit Januar 2021, wie Menschen mit Lernbehinderung das Internet nutzen, auf welche Barrieren sie dabei stoßen und wie man Internetseiten und Apps einfacher gestalten kann. Wir arbeiten eng mit der Zielgruppe zusammen: Eine Gruppe von Menschen mit Behinderung begleitet uns als Beirat bei der Projektdurchführung. Außerdem führen wir Nutzertests und -befragungen durch.

In unseren #LeichtOnline-Werkstattgesprächen möchten wir gemeinsam mit Ihnen über das Thema digitale Teilhabe für Menschen mit Lernbehinderung sprechen. Wir geben Einblicke in unsere Erkenntnisse, sind aber genauso gespannt, von Ihren Erfahrungen zu hören.

Einfach anmelden und mitmachen

Wir freuen uns auf den Austausch mit Ihnen: Stellen Sie Fragen, berichten Sie aus Ihren Erfahrungen und Projekten.

Die Veranstaltungen sind online und kostenlos.

Jede Veranstaltung wird zu internen Zwecken aufgezeichnet.

Das sind die nächsten Themen:

1. Pop-ups, Cookiebanner & Co.: hilfreich oder hinderlich?

Pop-ups gehören zum Alltag im Internet: Cookiebanner, Hinweise, Worterklärungen oder Exit-Intents. Sie sollen informieren oder unterstützen – können aber auch ablenken oder überfordern.

Im Werkstattgespräch sprechen wir darüber, welche Arten von Pop-ups es gibt, welche Barrieren sie verursachen können und wann sie für Menschen mit Lernbehinderung hilfreich sind – und wann nicht.

Termin: Donnerstag, 7. Mai 2026

Zeit: 14:00 – 15:30 Uhr

Ort: Online über Zoom

2. Icons und Bilder: Orientierung oder Stolperfalle?

Icons und Bilder sollen Inhalte schneller verständlich machen und bei der Orientierung helfen. Doch nicht alle Symbole werden gleich verstanden.

Im Werkstattgespräch zeigen wir Beispiele aus dem Projekt #LeichtOnline und aus Nutzertests. Gemeinsam schauen wir darauf, welche Icons und Bilder gut funktionieren – und wo sie zu Missverständnissen führen können.

Termin: Mittwoch, 10. Juni 2026
Zeit: 14:00 – 15:30 Uhr
Ort: Online über Zoom

3. Barrierefreie Web-Angebote für Menschen mit Lernbehinderung planen

Barrierefreiheit beginnt nicht erst beim Design oder der Umsetzung, sondern schon bei der Planung eines Web-Angebots. Doch was sollte von Anfang an mitgedacht werden?

Im Werkstattgespräch geben wir Empfehlungen aus dem Projekt #LeichtOnline und sprechen darüber, wie barrierefreie Websites und Anwendungen von Beginn an sinnvoll geplant werden können.

Termin: Donnerstag, 2. Juli 2026
Zeit: 14:00 – 15:30 Uhr
Ort: Online über Zoom

Expertinnen

Britt Uhlenbrok Jensen leitet das Projekt #LeichtOnline und ist Mitglied im Ausschuss barrierefreie Informationstechnik.

Susanne Zornow leitet das Büro für Leichte Sprache Hamburg und ist stellvertretende Projektleitung im Projekt #LeichtOnline

Beide sind Sachverständige des Bundes zum Thema „Digitales“.



Alle Termine und Anmeldung:
<https://lo.lhhh.de/werkstattgesprach/>

Bericht von der *GEB digital*

Am 13. Januar 2026 fand die Veranstaltung *GEB digital* zum Thema „berufliche Bildung“ statt. Nach einer Begrüßung durch die zweite Vorsitzende Tabea Schweizer präsentierte Frederik Poppe (Prof. für Rehabilitation und Teilhabe) Statistiken und Informationen zur Teilhabe am Arbeitsleben. Ramona Prudlik stellte das Bildungskonzept des Bildungszentrums für Land- und Hauswirtschaft e.V. (BLH) vor. Das BLH arbeitet seit 35 Jahren inklusionsorientiert und konnte bereits über 4.000 junge Erwachsene auf den allgemeinen Arbeitsmarkt vorbereiten. Frau Prudlik zeigte auch die Herausforderungen hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit und der politischen und bürokratischen Rahmenbedingungen auf, denen sich ein Bildungszentrum stellen muss.

Diese *GEB digital* fand in Kooperation mit der Hochschule Merseburg statt. 29 Teilnehmende aus der Praxis und aus dem Hochschulumfeld diskutierten Themen zur beruflichen Bildung und stellten viele Fragen an die beiden Referent:innen. Themen waren unter anderem Übergangsprozesse, Perspektiven und Wahlmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung und Alternativen zu Werkstatt für Behinderte Menschen (WfbM) im Bildungs- und Arbeitsbereich.

Mitgliedschaft in der GEB

Neue Mitglieder sind in der Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung stets willkommen.

Der jährliche Mitgliedsbeitrag beträgt:

50 Euro für Einzelpersonen

110 Euro für Institutionen

25 Euro für Studierende mit gültiger Immatrikulationsbescheinigung

15 Euro für Menschen mit Behinderung

Einen Aufnahmeantrag finden Sie auf der Homepage der GEB unter: www.geseb.de

Rebecca Gust, Uwe Morga, Frederik Poppe und Tabea Schweizer
(Vorstand der GEB)

Foto: iStock/Nastasic



utb.
elibrary

**Für Studium und Beruf:
Die Fachmedien der Lebenshilfe gibt es
digital für Bibliotheken in der utb elibrary.**



Am 22. Mai erscheint die neue
Teilhabe Ausgabe 2/26 als
Themenheft zum Begriff
„geistige Behinderung“.
www.lebenshilfe.de/teilhabe

Sie möchten die Fachmedien der
Lebenshilfe digital lesen?
Dann reichen Sie einen Erwerbungs-
vorschlag bei Ihrer Bibliothek ein.



Weitere Information zu den Campuslizenzen
der Fachmedien finden Sie unter:
lebenshilfe.de/digitale-fachmedien

